

Einige persönliche Bemerkungen über die südkoreanische Demokratiebewegung*

von Holger Heide

Die übergeordnete Frage, mit der ich vor zwanzig Jahren nach Korea kam, war die nach der widersprüchlichen Rolle der sogenannten „Entwicklungsdiktatur“ einerseits und der Volksbewegungen (Studentenbewegung, Arbeiterbewegung, Bauernbewegung, städtische Demokratiebewegung usw.) andererseits im radikalen Prozess der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung vom armen kriegszerstörten Agrarland in ein industrielles Schwellenland.

Mir war schnell deutlich geworden, dass es zu einer ernsthaften kapitalistischen Entwicklung erst nach der Zerschlagung der ursprünglichen sozialistisch-kommunistischen revolutionären Volksbewegung gekommen war. Und als „erfolgreich“ kann die kapitalistische Entwicklung überhaupt erst nach dem Staatsstreich von Park Chung Hee bezeichnet werden, also nachdem auch die neue Demokratiebewegung, die sich in der dem offenen Krieg folgenden Stagnationsperiode herausbildete, nicht stark genug gewesen war, eine demokratische Zukunft zu gewährleisten.

Da wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich von Menschen gemacht wird, war meine zentrale Frage: „Was kann die Menschen ausgerechnet nach einer verlorenen Revolution und der verlorenen Demokratie veranlasst haben, ein solches ökonomisches „Wunder“ zu vollbringen?“

Die Entwicklung von den ersten Jahren des Park-Regimes bis zur schließlichen Überwindung der Militärdiktatur im Jahre 1987 war eine Zeit des Kampfs für Überleben und Freiheit, mit immer wieder neu aufkeimender Hoffnung, die aber immer wieder in Niederlagen endete. Das war auch 1979 so, als der Hoffnung auf Demokratie nach der Ermordung Parks schließlich die Machtergreifung durch Chun Doo Hwan folgte, nachdem er die letzte große Rebellion in Gwangju im Mai 1980 durch Einsatz des Militärs blutig niedergeschlagen hatte.

Wenn wir uns in diesen Jahren die Widerstandskämpfe näher ansehen wird deutlich, dass Demokratie für die Lohnarbeiter immer bedeutet, sich in freien demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen zu können, weil das die entscheidende Voraussetzung für ihre Anerkennung als Subjekte der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Für die Arbeiterinnen geht es darüber hinaus nicht nur um ökonomische Gleichbehandlung, sondern grundlegend darum, als Frauen gesehen und respektiert zu werden. Dies bekam in den siebziger Jahren eine zunehmende Bedeutung in den Kämpfen der Frauen in den sogenannten Leichtindustrien (Textil, Bekleidung, Schuhe). Oft waren es Kämpfe gegen sexistischen Chauvinismus auch von Seiten ihrer männlichen Kollegen. All diese Kämpfe waren jahrelang ein entscheidender Teil der Demokratiebewegung während der Militärdiktatur unter Park und Chun.

Die Demokratiebewegung der Jahre 1986/87 konnte schließlich unter anderem auch deshalb erfolgreich sein, weil sie zugleich eine Modernisierungsbewegung war. Auch diejenigen, die nicht unbedingt an einer substanziellen Demokratisierung – vielleicht eher an einer „formalen“ Demokratie“ – interessiert waren, empfanden die Diktatur, die die alten ökonomischen und politischen Strukturen zementiert hatte, mittlerweile als unerträgliche Beschränkung ihrer persönlichen und ökonomischen Freiheit und schlossen sich der Bewegung gegen die Militärdiktatur an.

Gleichzeitig gab es offensichtlich einen Kampf zwischen Modernisierern und Konservativen innerhalb der Machtelite, der seine Wurzeln weniger in subjektiven Gefühlen als in gegensätzlichen Interessen im Hinblick auf eine Öffnung der koreanischen Wirtschaft für das internationale Kapital hatte. Spätestens im Laufe des Sommers 1987 wurde klar, dass die Machtelite jedenfalls nicht an einem echten Demokratisierungsprozess interessiert war und dass die Erklärung Roh Tae Woos von Ende Juni eher ein taktischer Rückzug war, der notwendig wurde, um die Massen auf den Straßen zu beruhigen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte dieser Schritt als ein partieller Sieg der Modernisierer gesehen werden. Den ersten Schritten in Richtung auf eine substanzielle demokratische Veränderung jedenfalls, wie sie die Arbeiterbewegung versuchte, nämlich von der Basis her eigene demokratische Gewerkschaften zu aufzubauen, begegnete das alte System auf gewohnte Weise mit äußerster Härte. Dies löste in der Folge die berühmte Wochen lange landesweite Streikbewegung aus.

Das wesentliche Ergebnis der ersten großen Streikbewegung, nämlich – zum Teil gewaltige – Lohnerhöhungen, ist Ausdruck von zweierlei. Zum einen der quantitativen Stärke und Entschlossenheit der Arbeiterbewegung, zum anderen aber auch der scheinbar grenzenlosen Zahlungsfähigkeit der Chaebols, denen der Arbeitsfriede „teuer“ war, weil sie nur so ihre exportorientierte Profitmaximierung weiterführen konnten.

Was mich an dem Ergebnis verblüffte war, dass sich die Arbeiter bereit erklärten, die durch den Streik für ihre Firma und für ihr Land „verlorenen“ Arbeitsstunden nachzuarbeiten, indem sie noch intensiver arbeiteten und teilweise unbezahlte Überstunden machten. Tatsächlich zeigen auch die amtlichen Statistiken einen Anstieg der Produktivität in diesem Zeitraum. Und dabei hatten sie ja ihre entscheidenden Anliegen gar nicht durchgesetzt: Nicht die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften, nicht das Streikrecht und nicht menschliche Verhältnisse am Arbeitsplatz.

Diese Art von Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren fort: Ständige Verfolgung von Aktivisten auf der einen Seite und eine gewisse Beteiligung an den ständig wachsenden Ergebnissen der kapitalistischen Produktion auf der anderen.

Der anhaltende Widerspruch zwischen Modernisierern und Konservativen hat in den folgenden Jahren für die etablierte Politik zu folgendem Dilemma geführt: Während aus der – um es verkürzt auszudrücken – „national-konservativen“

Perspektive die „zu komfortablen“ Arbeitsbedingungen (hohe Löhne, Verbot von Massenentlassungen usw.) abgebaut werden mussten, um eine Untergrabung der Wettbewerbsposition des nationalen südkoreanischen Kapitals auf dem Weltmarkt zu vermeiden, plädierten die „Neoliberalen“ für eine Öffnung gegenüber dem Weltmarkt – ähnlich zu der von den Institutionen des internationalen Kapitals schon seit den siebziger Jahren als Teil der Strategie der Globalisierung vertretenen Position. Hier sollte also „der Markt“ das Problem der „allzu luxuriösen“ Arbeitsbedingungen lösen.

Die Arbeiterbewegung war kaum in der Lage, auf diese Situation angemessen zu reagieren. Der putschartige Angriff auf die Arbeiterrechte durch die nationalkonservativen Kräfte um die Jahreswende 1996/97 hatte zwar noch abgewehrt werden können, weil es gelang, die eigenen Kräfte gegen die offensichtliche „Ungesetzlichkeit“ und „Ungerechtigkeit“ der Nacht-und-Nebel-Aktion zu mobilisieren. Einige Monate später konnten die demokratischen Kräfte angesichts des massiven Angriffs des internationalen Kapitals der allgemeinen Flucht in Nationalismus, Kultivierung der Opferrolle und nackte Wut keine strategische Alternative entgegensetzen.

Gerade die „Große Krise“ und die Art und Weise wie auf sie reagiert wurde, scheint mir im Hinblick auf den Prozess der Demokratisierung ein ganz bezeichnender Punkt zu sein. Während der Präsidentschaft Kim Dae-Jungs, deren Schwerpunkt in der Durchsetzung der „Modernisierung“ lag, trat die Schwäche der Demokratiebewegung deutlich zu Tage. In der Zwischenzeit sind mit einer neuen Generation und mit neuen technischen Möglichkeiten zum Teil ganz neue soziale Bewegungen entstanden. Als Zeichen dafür können die Wahl von Roh Moo-Hyun zum Präsidenten und vielleicht noch deutlicher die schließlich erfolgreiche Zurückschlagung des Versuchs, ihn in einem Impeachmentverfahren abzusetzen, gesehen werden. Die Demokratiebewegung ist gewachsen und sie ist stärker geworden.

Aber sie ist noch immer schwach. Die bloße Existenz des Nationalen Sicherheitsgesetzes ist ein Beweis für diese Schwäche und wirkt weiter schwächend auf sie zurück. Als weitere Beweise können gelten, dass die Einreisepolitik unter Staatsschutzgesichtspunkten immer noch restriktiv gehandhabt wird und dass in südkoreanischen Gefängnissen noch immer Menschen wegen ihrer Gesinnung und wegen Beteiligung an oppositionellen Bewegungen einsitzen.

Aber was sind die tieferen Gründe für die Schwäche der Demokratiebewegung? Diese Frage wird in den folgenden Sitzungen dieses Symposiums von kompetenten Fachwissenschaftlern diskutiert werden. Selbstverständlich habe ich darauf nicht die Antwort. Aber lassen Sie mich wenigstens einige grundsätzliche Überlegungen darlegen.

Die Stärke sozialer Bewegungen hängt in letzter Instanz von unserer Fähigkeit ab, mit unserer Vergangenheit ins Reine zu kommen. – kollektiv wie individuell. Unsere kollektive Vergangenheit, das ist die Geschichte tiefer Traumatisierungen durch die zahllosen Niederlagen und Erniedrigungen, die wir und viele Generationen vor uns

in unserem Kampf um die Anerkennung unserer Menschenwürde erlitten haben. Da diese Traumatisierungen niemals wirklich aufgearbeitet worden sind, können wir die Moderne als posttraumatische Gesellschaft begreifen – uns selbst als Individuen und unsere sozialen Bewegungen eingeschlossen.

Diese Traumata haben zu tief sitzender struktureller Angst geführt. Sie ist nämlich so unerträglich, dass wir sie verstecken, verdrängen müssen, um nicht zu fühlen. Im allgemeinen haben wir gelernt, die Angst hinter einer Fassade von Rationalität und Organisation zu verstecken. Wenn unsere Gefühle uns jedoch dennoch zu überwältigen drohen, dann verstecken wir unsere Angst hinter Wut. Und Wut können wir leicht erzeugen, wenn wir uns die ja ganz offensichtliche Ungerechtigkeit dieser Gesellschaft vor Augen führen. Was so bestehen bleibt: Wir gucken uns unsere Angst nicht an. Aus Angst vor der Angst. Wir haben uns von unseren Gefühlen, von unserem Selbst abgespalten. Und das ist der Kern unserer Schwäche.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben, das deutlich macht, dass es genau dieses Verhältnis von Angst und Wut ist, das einen entscheidenden Aspekt der Probleme ausmacht, vor denen die Arbeiterbewegung und andere soziale Bewegungen stehen. Dieser Aspekt verbirgt sich oft hinter der Debatte über zu viel oder zu wenig Militanz in der Bewegung. Die Erfahrung lehrt, dass unser Widerstand oft erst dann real wird, wenn und solange unsere Wut größer ist als unsere Angst. Je größer also unsere Angst, desto gewaltiger muss unsere Wut sein, damit wir den Kampf für einen grundlegenden Wandel aufnehmen. Die einzige Alternative zur Mobilisierung der Wut als treibender Kraft scheint dann der Rückfall in Lethargie zu sein. Aus dieser real wiederkehrenden Erfahrung lässt sich allzu leicht der Schluss ziehen, dass wir in einer solchen Situation nur unsere Wut genügend anstacheln müssen – dadurch dass wir uns die „Ungerechtigkeit“ der Verhältnisse drastisch genug vor Augen führen – um eine drohende Lethargie zu durchbrechen.

Kapitalismus ist schon lange nicht mehr etwas uns Äußerliches, wir haben ihn vielmehr schon tief verinnerlicht und reproduzieren ihn täglich selbst durch unser Fühlen, Denken und Handeln. Wir müssen uns klar machen, was das für all unsere Zukunftsplanungen, für unsere Kämpfe und für unsere immer neuen Versuche, uns zu organisieren, bedeutet. Die Angst hält die tiefsitzende Pathologie aufrecht und unsere Urteilskraft ist so beeinträchtigt, dass wir keine wirklich systemüberwindende Praxis werden entwickeln können. Unsere „Siege“ werden dadurch destruktiv, dass sie die Aggressivität in der Gesellschaft verewigen und unsere „Niederlagen“ werden uns durch Frustration und Depression zu weiterer Anpassung führen und unsere Opferhaltung fördern. Auf diese Weise binden wir uns durch „Siege“ wie durch „Niederlagen“ gleichermaßen weiter ans Kapital.

Den Prozess der Vergangenheitsbewältigung können wir als Genesungsprozess verstehen, der das Kollektiv und die Individuen gleichermaßen betrifft. Beide Aspekte bedingen sich gegenseitig. Wir brauchen nicht-hierarchische, nicht-bürokratische, kooperative Organisationen als einen Rahmen, der ein solches Programm realisieren hilft. Es ist notwendig und es ist möglich, Organisationen zu entwickeln, die den notwendigen Prozess, wieder in Kontakt mit den eigenen

Gefühlen und so mit den eigenen Bedürfnissen zu kommen, fördern und tragen können. Eine Organisation, die von „genesenden“ Mitgliedern getragen wird, kann eine lebendige Organisation bleiben.

Damit eine Bewegung in diesem Sinne lebendig bleiben kann, darf sie sich allerdings nicht an außenstehende Kräfte, d. h. nicht an irgendeine politische Partei und auch nicht an eine anscheinend „progressive“ Regierung binden – auch nicht unter Hinweis auf „das kleinere Übel“ um „Schlimmeres zu verhüten“, wenn gerade Wahlen bevorstehen. Wenn sich die Demokratiebewegung mutig in diese Richtung entwickelt, dann wird das so radikal sein, dass auch die ganze Debatte um mehr oder weniger „Militanz“ überflüssig werden wird.

Meine Gedanken sind in ihrer Gültigkeit natürlich überhaupt nicht auf Korea beschränkt – das ist sicher deutlich geworden. Das ist der Grund dafür, dass ich im letzten Teil meiner Ausführungen bewusst von „wir“ gesprochen habe.

Ich glaube, wir können aus der Geschichte lernen.

* Der Text basiert auf einer Rede zur Eröffnung des zweiten Tags des Symposiums „1987, 1997, 2007 – 20 Years of Democratic Movement in South Korea“ im Juni 2007 in Seoul.